

Ersteinst
wöchentlich drei
Mal und zwar
Dienstag,
Donnerstag und
Sonnabend.

Inserate:
für den Raum
einer
Kleinspalt. Zeile
10 Pf.

Amts- und Anzeigebblatt

für den

Gerichtsamtsbezirk Eibenstock

und dessen Umgebung.

Verantwortlicher Redacteur: C. Hannebohn in Eibenstock.

Abonnement
vierteljährlich
1 M. 20 Pf.
incl. Bringer-
lohn.

Dieses Blatt
ist auch
für obigen Preis
durch alle
Postanstalten zu
beziehen.

Annoncen-Aannahme in der Expedition bis Mittags 12 Uhr für die am nächstfolgenden Tage erscheinende Nummer.

Von dem unterzeichneten königlichen Gerichtsamte soll

den 22. August 1878

das dem Waldarbeiter Carl Robert Gutschentreuter allhier zugehörige Hausgrundstück Nr. 82 des Katasters, Nr. 90 des Flurbuchs und Nr. 74 des Grund- und Hypothekenbuchs für Eibenstock, welches Grundstück am 28. Mai 1878 ohne Berücksichtigung der Oblasten auf

1675 Mark

gewürdet worden ist, nothwendiger Weise versteigert werden, was unter Bezugnahme auf den an hiesiger Gerichtsstelle und in Scheffels Schänkwirtschaft aushängenden Anschlag hierdurch bekannt gemacht wird.

Eibenstock, am 1. Juni 1878.

Königliches Gerichtsamt.

Landrod.

B.

Tagesgeschichte.

Berlin. Die Attentate und die Reichstagswahlen werden dazu beitragen, daß die zahlreichen Krieger- resp. Militärvereine Deutschlands sich enger aneinander schließen werden. Der Aufruf derselben an alle reichstreuen Wähler, bei den Wahlen gegen die reichsfeindlichen Parteien einzutreten, hat seine guten Früchte getragen und war in gefährdeten Distrikten eine tüchtige Beihilfe zur Besiegung der Sozialdemokraten. Diese Vereine treiben keine Parteipolitik, sie stehen aber auf dem Boden der großen nationalen Errungenschaften von 1870/71, den sie durch keine Wählerlei untergraben lassen wollen. Die Attentate auf den Kaiser mußten gerade in den Reihen ehemaliger Soldaten die höchste Entrüstung hervorrufen; ihr gab jene Aufforderung zum „Austreten am Wahltag“ Ausdruck, indem sie ihre Spitze lediglich gegen Reichsfeindschaft und Vaterlandslosigkeit, vor Allem gegen die Sozialdemokratie richtete, der die Kriegervereine mit ihrer breiten und dichten Verzweigung nach unten hin von jeher eine sehr unbequeme Schranke gewesen sind. In natürlicher Anknüpfung an diesen Vorgang soll nun auf dem fünften allgemeinen deutschen Kriegertag, der am 10. August in Gießen seinen Anfang nehmen wird, darüber Erörterung gepflogen werden, welche patriotische Aufgabe die Kriegervereine reichsfeindlichen Bestrebungen gegenüber zu erfüllen haben. Aber dies wird nicht die einzige allgemein interessante Verhandlung des Kriegertages sein. Er hat außerdem auf seiner Tagesordnung auch die Frage, wie sich alle deutschen Kriegervereins-Verbände organisch zusammenfassen lassen. Gegenwärtig steht es damit so, daß ungefähr ein Drittel der Gesamtheit dem von Berlin aus geleiteten Kriegerbunde angehört, ein zweites Drittel der jetzt nach Gießen einladenden Krieger-Kameradschaft, und das letzte Drittel sich in kleinere selbstständige Verbände zerteilt. Es wäre ohne Zweifel mannigfach ersprießlich, der Einheit des deutschen Heeres und des Nationalgefühls entsprechend, auch eine einheitliche, gutgeleitete, ob zwar der freien Bewegung im Einzelnen Spielraum lassende Organisation für sämtliche Kriegervereine zu haben. Man darf daher dem wiederholten redlichen Bestreben, solche Einigung herbeizuführen, alles Glück wünschen! In den Kreisen der Kriegervereine hofft man — und wohl nicht mit Unrecht — daß der Kaiser das Protektorat über einen allgemeinen deutschen Kriegerbund übernehmen würde.

In Sachen der Wilhelmsspende hatte Professor Rühlmann in Chemnitz sich brieflich an den Grafen Moltke gewandt und ihm den Vorschlag unterbreitet, aus den Erträgen der Wilhelmsspende eine nationale Arbeiter-Pensions- und Invalidenkasse nach dem Prinzip der Knappschaftskassen zu gründen. Es soll dies, führte Herr Rühlmann weiter aus, ein Institut sein, zu dessen Kasse von jedem Lohnthaler des Arbeiters ein kleiner Beitrag, und sei dies auch nur ein Pfennig, abzuführen ist und für welches auch jeder Arbeitgeber nach Maßgabe des ausgezahlten Arbeitslohnes einen gesetzlich festzustellenden Beitrag steuern muß. Die Erträge dieser Steuern würden den Zweck haben, dem Arbeiter in Zeiten der Arbeitsunfähigkeit, durch Krankheit oder Alter eine ansehnliche Unterstützung zu gewähren, die ausreichend wäre, ihn vor eigentlichen Nahrungsvorgen zu schützen und davor zu bewahren, daß er die Barmherzigkeit seiner Mitmenschen durch Almosen in Anspruch nehmen müßte. Dieses Institut könnte nun sofort geschaffen werden, und würde durch seine segensreiche Thätigkeit unendlich viel Noth und Elend der arbeitenden Klassen lindern, wenn dasselbe von Anfang an mit einem Fonds von mehreren Millionen ausgestattet würde. Dies aber wäre möglich, wenn es gelänge, Se. Maj.

den Kaiser für diesen Gedanken zu gewinnen und ihn zu bestimmen, den Ertrag der Wilhelmsspende zur Gründung dieser Kasse zu verwenden. — Der Feldmarschall Graf Moltke hat diesen Vorschlag sehr günstig aufgenommen, wie aus folgendem Schreiben hervorgeht, mit dem er den Brief des Professor Rühlmann beantwortet hat: „Euer Hochwohlgeboren spreche ich ergebenst meinen verbindlichsten Dank aus für die mir geäußerten freundlichen Gesinnungen, so wie für die Mittheilung eines Projektes mit Bezug auf die Verwendung des Ertrages der Wilhelmsspende. Vor einigen Tagen ist mir von anderer Seite ein ganz ähnlicher Vorschlag zugegangen. Ich finde den Gedanken der Gründung eines Arbeiter-Pensions- und Invalidenfonds für ganz Deutschland aus den Erträgen der Wilhelmsspende so außerordentlich richtig und zeitgemäß, daß ich nicht verfehlen werde, denselben maßgebenden Orts in Anregung zu bringen. Mit besonderer Hochachtung Euer Hochwohlgeboren ergebenster Graf Moltke, Feldmarschall.“

Das Ergebnis der Wahlen zum Reichstage ist am letzten Sonnabend überall festgestellt worden und man kann jetzt sich ein ungefähres Bild von der Zusammensetzung des neuen Reichstages machen; genau kann dies Bild noch nicht gezeichnet werden, weil einmal in 63 Wahlkreisen erst noch eine Entscheidung durch Stichwahlen zu treffen ist, ferner aber die Parteistellung der vielen neu gewählten Abgeordneten nicht immer ganz zuverlässig bezeichnet werden kann. Was sich vorläufig bei der Zusammenstellung der Wahlnachrichten ergeben hat, ist folgendes. Es sind endgültig gewählt: Fortschritt 15, Gruppe Löwe 3, Nationalliberale 85, Freiconservative 43, Deutschconservative 56, Elsaßische Autonomisten 3, Protestler 11, Ultramontane 90, Polen 13, Sozialdemokraten 2. Zur engeren Wahl stehen, wie gesagt, 63 Paar Candidaten. In 57 Wahlkreisen haben die neu gewählten Vertreter eine andere Parteistellung, als die letzten Abgeordneten. Wie aus obigen Ziffern ersichtlich, haben die Fortschrittler und die nationalliberale Partei nicht unbedeutliche Verluste erlitten, während die konservativen Parteien durch die letzte Wahl an Mitgliedern stärker geworden sind.

Viel Unklarheit herrscht in den Köpfen über Zölle und Handelsverträge, über Freihandel und Schutz Zoll; sie sind zum unverständlichen und mißbrauchten Schlagwort geworden in dem Wahlkampf. Die Reichsregierung will den Versuch machen, durch eine veränderte Zollgesetzgebung und durch neue Handelsverträge dem Darniederliegen unseres Handels und besonders unserer Industrie Einhalt zu thun. Dadurch ist sofort die alte Streitfrage aufgetaucht: Freihandel oder Schutz Zoll? Das ist aber keine eigentlich politische Frage; es ist keine Frage, in der die politischen Parteien geschlossen für das eine oder andere System eintreten, es ist vielmehr eine Frage, in der innerhalb aller politischen Parteien die Meinungen auseinander gehen, in der z. B. innerhalb der nationalliberalen Partei die Ansichten durchaus getheilt sind. Zu einer Wahl-Parole kann diese Frage nicht dienen. Sie muß im Gegentheil von Zeit zu Zeit, von Fall zu Fall entschieden werden. Freihandel und Schutz Zoll sind keine Dinge, die sich immer entgegenstehen und für immer entschieden werden müssen; denn Schutz Zoll kann sehr wohl gerechtfertigt sein für eine Zeit und für eine gewisse Industrie, aber nur für diejenige Zeitdauer, welche eine Industrie braucht, um sich selbstständig und lebensfähig zu gestalten, sich von dem Schutz Zoll unabhängig zu machen und sich die Concurrenzfähigkeit gegen das Ausland zu erwerben. Ist mit einiger Sicherheit zu erwarten, daß diese Concurrenzfähigkeit erlangt wird, so wird man sich für diesen begrenzten Schutz Zoll erklären müssen. Aber ein Schutz Zoll für alle Zeit ist nichts als eine Besteuerung der betr. Waaren, die aus dem Säckel der Steuerzahler gezahlt werden muß.